

## A1 Wahl eines Teams zur Vorbereitung des Mitte-Ost-Kongress 2024

Antragsteller\*in: Jette Nietzard (LV Grüne Jugend Berlin)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Der Mitte-Ost-Kongress 2024 soll in Berlin stattfinden. Die Grüne Jugend Berlin  
2 beschließt dafür ein Planungsteam, welches aus drei Basispersonen besteht,  
3 zusätzlich wird eine Person aus dem Bildungsteam sowie der\*die Ostbeauftragte  
4 aus dem Landesvorstand und der Basis am Team teilnehmen. Die Basisplätze werden  
5 in abhängigigkeit zur Entsendung aus dem Bildungsteam quotiert. Die  
6 Schatzmeisterei wird bei Bedarf hinzugezogen und soll die Beschlüsse des Teams  
7 ermöglichen. Das Planungsteam übernimmt die gesamte Planung der Veranstaltung.  
8 Dazu gehört die Unterkunft, Verpflegung, Anfahrt und Bildungsinhalte. Dabei  
9 werden regelmäßige Austausche mit den anderen beteiligten Bundesländern  
10 sichergestellt. Die Learnings der letzten beiden Kongresse und die gesammelten  
11 Zukunftswünsche werden dabei berücksichtigt. Das Team wird auf der Herbst LMV  
12 gewählt.

### Begründung

Aus Erfahrung der letzten beiden Mitte-Ost Kongresse braucht es ein Planungsteam aus dem austragendem Land, welches einen spezifischen Fokus auf die Probleme der neuen Bundesländer hat. Die Mitte-Ost-AG hat andere Aufgaben, weshalb es immer Länderteams gibt, welche sich für den Mitte-Ost Kongress engagieren. Ich bitte euch daher, diesen Antrag anzunehmen und die Perspektive der bereits erfahrenen Mitte-Ost-Kongress Mitglieder einzubinden.

## A2 Implementierung des Genderwatch-Teams in die Geschäftsordnung

Antragsteller\*in: Sophie Witt (LV Grüne Jugend Berlin)

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Die Geschäftsordnung ist auf Folgendes zu ergänzen:

2

3 § 6 Genderwatch-Team

4

5 Das GenderWatch-Team erfragt nach den Redebeiträgen das Gender der Redner\*innen.

6 Dies darf nicht durch Außenzuschreibung erfolgen. Mitglieder können auch keine  
7 Angaben zum Gender machen. Die Dokumentation darf keine Rückschlüsse auf die  
8 Identität der Personen geben.

9

10 Die Dokumentation hat folgende Punkte zu umfassen:

11 a) FINTA\* oder cis-männlich

12 b) Redezeit

13 c) Redezeitüberschreitung

14 d) Art der Rede (Bewerbung, Satzungsänderungsantrag, inhaltlicher Antrag, Frage,  
15 Gegenrede, Geschäftsordnungsantrag)

16 e) Thema der Rede (z.B.: Finanzen, Gesundheitspolitik)

17

18 Das Team ist nach dem FINTA\*-Statut der Grünen Jugend Berlin zu quotieren. Die  
19 GenderWatch ist in Schichten von max. zwei Stunden durchzuführen. Es liegt in  
20 der Verantwortung des Landesvorstandes zu gewährleisten, dass sich genügend  
21 Personen für das GenderWatch-Team zusammenfinden.

22

23 Die Dokumentation ist für alle Mitglieder über die Grüne Wolke öffentlich-  
24 einsehbar zugänglich zu machen. Eine Auswertung der Dokumentation ist spätestens  
25 innerhalb von drei Monaten durchzuführen und als gesammeltes Dokument für die  
26 Mitglieder zu veröffentlichen. Das Auswertungstreffen muss für alle Mitglieder  
27 offen sein und sollte sich nach den zeitlichen Kapazitäten des GenderWatch-Teams  
28 der auszuwertenden Mitgliederversammlung richten.

29

### Begründung

Erfolgt auf der Landesmitgliederversammlung

### A3 Abschiebezentrums BER verhindern – BER-Abschiebungen betreffen auch uns

Gremium: Fachforum für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 23.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

## Antragstext

1 Die Mitgliedsstaaten der EU haben sich auf eine unwürdige Reform des Gemeinsamen  
2 Europäischen Asylsystems (GEAS) geeinigt, die faktisch das Recht auf Asyl  
3 abschafft und zurecht von Pro Asyl als "menschenrechtlicher Dammbrech" bezeichnet wird. Daran hatte die Bundesregierung, inklusive der Grünen, einen erheblichen Anteil. Die Grüne Jugend verurteilt diese Asylrechtsverschärfungen und die Zustimmung der Grünen in der Bundesregierung aufs Schärfste. Das ist gut und richtig.

8 Aber auch innerhalb Deutschlands sollen die Rechte der Asylantragstellenden weiter eingeschränkt werden, z.B. durch einen erleichterten Zugang von Behörden in Wohnorte Geflüchteter. Angesichts der Überforderung der Länder und Kommunen und des Bundesamtes für Migration und Flucht (BAMF), werden Abschiebungen und die Reduzierung von sogenannter "irregulärer Migration" weiterhin als Allheilmittel verkauft. Aber die Sicherheit und Würde von Menschen ist nicht weniger wert, wenn es bürokratisch schwierig wird. Menschen sind nicht weniger wert, wenn sie von der anderen Seite des Mittelmeers kommen. Ein tatsächliches Heilmittel wäre eine robuste Beherbergungs- und Integrationsstrategie.

17 Widerstand gegenüber dieser menschenverachtenden und rassistischen Abschottungspolitik darf es nicht nur auf Bundesebene geben, sondern muss auch in jedem Landesverband gelebt werden, besonders wenn solche Praktiken in unserer unmittelbaren Nähe manifest werden.

21 In Schönefeld plant das Land Brandenburg unter Beteiligung des Bundes den Bau eines "Behördenzentrums" auf einer Fläche von 30.000 Quadratmetern am Terminal 5 des Flughafens BER. Dort sollen die Kapazitäten für das Abschiebegewahrsam und das Flughafenasylverfahren, ein verkürztes Asylverfahren mit deutlich höheren Ablehnungsquoten, massiv erweitert werden. Die umstrittene Auftraggebung erfolgte ohne offizielle Ausschreibung an den Bauinvestor Jürgen Harder, der bereits mit Korruption vorbestraft ist und mit dem Bau und der Vermietung des Gebäudes Millionen machen wird. Mit dem Haushalt des Brandenburger Landtags für 2023/24 wurde bereits Ende letzten Jahres unter Beteiligung der grünen Regierungsfraktion ein Budget in Höhe von 315 Mio Euro dafür verabschiedet. Eine Baugenehmigung gibt es jedoch noch nicht.

32 Das Flughafenasylverfahren ähnelt mit der vorgesehenen Transithaft, der Isolation und dem eingeschränkten Rechtsschutz Flüchtender, den Schnellverfahren, die GEAS an den EU-Außengrenzen vorsieht. Damit ist seine Durchführung und Ausweitung untragbar. Hinzu kommt, dass die Auftraggebung rechtlich umstritten und eine unverantwortliche Verschwendung von Steuergeldern ist. (Belastbare Gründe, warum das Land den Bau zu sehr viel geringeren Kosten nicht selbst übernehmen möchte, fehlen bislang.) Aus beiden Gründen muss sich ein progressiver Jugendverband lautstark dagegen stellen. Die Grüne Jugend Brandenburg hat dies bereits getan, die Grüne Jugend Berlin muss sich dem anschließen. Bekenntnisse in einem einzelnen Instagram-Post reichen nicht.

42 Die GJ Berlin muss Anstrengungen unternehmen, nicht nur innerhalb des Verbandes  
43 und auch in ganz Berlin über das Bauvorhaben am BER aufzuklären, sondern auch  
44 öffentlichkeitswirksam und unter den Altgrünen politischen Druck ausüben, um  
45 alles innerhalb des rechtlich Möglichen zu tun, um den Bau zu verhindern.

46 Dazu ist eine stärkere und öffentliche Kooperation mit der Grünen Jugend  
47 Brandenburg essentiell, sowie allen seriösen Organisationen und Personen, die  
48 sich dem Bauvorhaben und der Unterstützung und Verharmlosung durch die Grünen  
49 Brandenburg entgegenstellen.

50 Denn wenn am Ende ein Abschiebedrehtreuz, von dem jährlich 300-400  
51 Schutzsuchende in unsichere Herkunfts- oder Drittstaaten zurückgeführt werden,  
52 in unserem Hinterhof steht, werden wir uns fragen, warum wir nicht mehr getan  
53 haben.

## Begründung

Die Begründung erfolgt mündlich.

## A4 Versammlungen strukturierter, pünktlicher und barrierefreier - Antrags- und Versammlungskommission für ein Jahr einsetzen und testen

Gremium: Yannick Brugger, Marlene Jahn, Tjado Stemmermann

Beschlussdatum: 23.06.2023

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Um unsere Landesmitgliederversammlungen zu verbessern, führen wir für ein Jahr  
2 testweise eine Antrags- und Versammlungskommission (AVK) ein. Die Kommission ist  
3 als Antragskommission die Ansprechperson und Vermittlerin für alle, die Anträge  
4 stellen und Änderungsanträge verhandeln. Als Versammlungskommission bereitet sie  
5 das Präsidium auf die Mitgliederversammlung vor, klärt Satzungsfragen und  
6 Organisatorisches im Zusammenhang mit der Tagesordnung und sorgt für  
7 reibungslose und pünktliche Abstimmungen und Wahlen.

8 Dafür geben wir uns die folgenden Regeln:

- 9 1. Die Antrags- und Versammlungskommission organisiert das Antragsverfahren  
10 der Landesmitgliederversammlung und leitet die Verhandlungen zwischen  
11 Antragsteller\*innen als politisch neutrale Instanz. Sie bereitet die  
12 satzungsgemäßen Aufgaben aus § 5 Absatz 7 der Satzung vor und koordiniert  
13 die Versammlungsleitung. Sie kann auch im Rahmen des Aktiventreffens tätig  
14 werden.
- 15 2. Die Antrags- und Versammlungskommission schlägt zu Beginn der  
16 Mitgliederversammlung eine Versammlungsleitung vor. Für jedes Mitglied der  
17 Antrags- und Versammlungskommission, das für die Versammlungsleitung  
18 vorgeschlagen wird, muss mindestens ein Mitglied vorgeschlagen werden, das  
19 nicht der Antrags- und Versammlungskommission angehört.
- 20 3. Die Antrags- und Versammlungskommission besteht aus bis zu vier  
21 Mitgliedern. Sie werden von der Landesmitgliederversammlung für ein Jahr  
22 gewählt und können mit Zweidrittelmehrheit abgewählt werden.
- 23 4. Die Antrags- und Versammlungskommission ist unabhängig vom Landesvorstand.  
24 Ist sie inaktiv und unfähig ihre Aufgaben auszuüben, sodass die  
25 Durchführung von Versammlungen oder Antragsverfahren ernsthaft gefährdet  
26 ist, kann der Landesvorstand hilfsweise ihre Aufgaben übernehmen.
- 27 5. Mitglieder der Antrags- und Versammlungskommission dürfen keine Anträge  
28 verhandeln, die sie selbst gestellt haben. Protokolle der Antrags- und  
29 Versammlungskommission müssen allen Mitgliedern zugänglich gemacht werden.
- 30 6. Dieser Antrag tritt nach der zweiten ordentlichen Landesmitgliederversammlung  
31 2024 oder spätestens zum 1.1.2025 außer Kraft.

### Begründung

Antragskommission

Eine Antragskommission ist bei vielen grünen Versammlungen schon längst Standard. Als wachsender Verband gibt es auch bei uns immer mehr Anträge und Änderungsanträge. Es ist viel Arbeit, mit den Antragstellenden zu prüfen, welche Änderungen übernommen, verändert oder abgestimmt werden. Damit alle Mitglieder eine informierte Entscheidung über Anträge treffen können, müssen diese Verfahren möglichst transparent und frühzeitig geführt werden. In der Vergangenheit war häufig unklar, welche Anträge mit welchen Menschen besprochen werden müssen und was zur Abstimmung gestellt wird. Das war für alle Beteiligten chaotisch und hat zu zusätzlicher Belastung bei Antragstellenden und dem Landesvorstand geführt. Eine Antragskommission kann diese Prozesse ordnen, Verhandlungen unparteiisch führen und allen beim Antrag stellen helfen, die sich Hilfe in technischen und/oder Verfahrensfragen wünschen.

#### Versammlungskommission

Aktuell wird die Landesmitgliederversammlung von einem Präsidium durchgeführt, das zu Beginn der Versammlung gewählt wird. Meist wird das Präsidium kurz vor der Versammlung vom Landesvorstand geschult und auf die Tagesordnung vorbereitet. Dafür erstellt der Landesvorstand einen sogenannten Präsidiumsreader, in dem die Tagesordnung genau geplant, Wahlen vorbereitet und Anträge gesammelt werden. Ein ausführlicher Präsidiumsreader trägt maßgeblich dazu bei, dass die Mitgliederversammlung pünktlich endet, alle Wahlen satzungskonform durchgeführt und keine Fehler gemacht werden. Dieses Verfahren vorzubereiten kann sehr viel Zeit in Anspruch nehmen. Da der Landesvorstand vor jeder Mitgliederversammlung eh alle Hände voll zu tun hat (Räumlichkeiten organisieren, Gäst\*innen anfragen, Reden schreiben, Anträge vorbereiten, Logistik klären, Essen organisieren,...) ist es sinnvoll, diese Aufgabe auf andere Schultern zu übertragen. In der Vergangenheit kamen bei praktisch jeder Versammlung Fragen zur Tagesordnung, zu Wahlen oder Abstimmungen auf. Die Antrags- und Versammlungskommission soll dabei helfen, diese Fragen möglichst schon im Vorfeld zu klären und kurzfristige Probleme gut und zügig zu lösen. Dazu kommt, dass das Präsidium unabhängig vom Landesvorstand sein soll. Wenn sich das Präsidium eigenständig vorbereitet, kann es dieser Verpflichtung besser nachkommen.

#### Wissen weitergeben und Mitglieder weiterbilden

Die Antrags- und Versammlungskommission kann außerdem Helfen, neue Mitglieder in die Antrags- und Präsidiumsarbeit einzuführen und Wissen weiterzugeben. Da die Versammlungsleitung während der Mitgliederversammlung nur zur Hälfte aus der Antrags- und Versammlungskommission bestehen darf, können bei jeder Versammlung neue Menschen in diese Arbeit eingeführt werden, ohne dabei allein gelassen zu werden. Sollten Menschen kurzfristig für das Präsidium ausfallen, kann die Antrags- und Versammlungskommission diese Ausfälle kompensieren.

#### Struktur der Antrags- und Versammlungskommission

Deswegen schlagen wir vor, eine Antrags- und Versammlungskommission zu wählen, die aus bis zu sechs Personen (natürlich quotiert) besteht und für ein Jahr im Amt ist. Die Kommission kann als unabhängige Stelle die Antragsverhandlungen führen und anstoßen und das Präsidium der jeweiligen Mitgliederversammlung ausführlich und gründlich vorbereiten.

#### Verfahren ausprobieren und daraus lernen

Wir schlagen vor, dieses Gremium für ein Jahr zu testen, um danach zu entscheiden, ob wir diese Regeln beibehalten, ändern oder nicht mehr wollen. Über die Testphase wollen wir herausfinden, ob das Gremium grundsätzlich sinnvoll ist und wenn ja, was wir an ihm noch verbessern können. Die Kommission soll deswegen zum Ende der Testphase berichten, welche eventuellen Probleme und Fragen aufgetaucht sind. Die Kommission soll sich dabei auch damit beschäftigen, ob die Anzahl ihrer Mitglieder geeignet, ihre Arbeit transparent und nachvollziehbar, und sie für Mitglieder erreichbar ist.

Vielleicht sind Amtszeit oder Größe der Kommission noch nicht perfekt, vielleicht ist es sinnvoll, die Kommission in zwei Gremien aufzuteilen, vielleicht ergeben sich überraschende Probleme, Kompetenzfragen oder die Kommission funktioniert grundsätzlich nicht. All das können wir durch eine Testphase herausfinden.

Ist die Testphase erfolgreich, schlagen die Antrags- und Versammlungskommission und der Landesvorstand gemeinsam Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge vor, um die Antrags- und Versammlungskommission langfristig in die Strukturen einzubinden.

## A5 Esports ist Sport - für alle!

Gremium: Klara Schedlich, Felix Ackerschweski und Moritz Wiechern  
Beschlussdatum: 23.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Das Esports und Gaming Business boomt! Seit Jahren verfolgen Menschen weltweit  
2 wie sich die besten Spieler\*innen weltweit gegeneinander messen. Vor allem junge  
3 Menschen sind begeistert und nutzen den Esports zum einen, um Freundschaften zu  
4 schließen, aber vor allem auch um sich selbst zu messen.

5 Trotzdem gibt es auch im Esports noch einige Probleme, und um diese anzugehen  
6 fordern wir:

- 7 • Esports muss endlich als Sport anerkannt werden. Vor allem um Fördergelder  
8 an Esports Vereine verteilen zu können. Diese können einen  
9 niedrighschwelligigen Einstieg in den Esports bieten
- 10 • Mehr Förderprogramme für FINTA\* Personen, denn diese werden auch in dieser  
11 Branche stark diskriminiert und haben oft nicht dieselben Chancen
- 12 • Stärkere Verfolgung von strafrechtlichen Situationen im Internet.  
13 Beleidigungen gehören im kompetitiven Gaming zum Alltag und das muss sich  
14 ändern! Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und wir brauchen Maßnahmen  
15 damit sich mehr Leute in dieser Branche wohlfühlen
- 16 • Der Esports wird von überwiegend jungen Menschen gespielt. Deshalb hat der  
17 Jugendschutz eine besondere Rolle.
- 18 • Auch die psychologische Betreuung der Esportler\*innen reicht an vielen  
19 Stellen noch nicht aus, um die Personen bei ihren Problemen aufzufangen.

## A6 Königsteiner Schlüssel überwinden!

Gremium: Fachforum für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 23.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Eine gerechte Umverteilung der Gelder im Schulsystem ist sofort notwendig, um  
2 jahrelange Probleme wie fehlende Digitalisierung, marode Schulgebäude und  
3 sanierungsbedürftige Turnhallen zu überwinden.

4 Der Königsteiner Schlüssel, ist ein Verteilungsinstrument, welches die Anteile  
5 der einzelnen Bundesländern festlegt. In der Berechnung werden zwei Parameter  
6 herangezogen, zum einen fließt die Population des Landes mit  $\frac{1}{3}$  ein, und zu  $\frac{2}{3}$  die  
7 Wirtschaftskraft eines Landes.

8 Dennoch spielt die Wirtschaftskraft kaum eine Rolle, da das Steueraufkommen erst  
9 nach Finanzausgleich zwischen Ländern herangezogen wird und deshalb angeglichen  
10 ist. Deswegen entspricht die tatsächliche Verteilung des Königsteiner Schlüssel  
11 weitgehend den Bevölkerungsanteilen. Zudem wird er gerade als eine One-size-  
12 fits-all-Lösung gesehen, denn obwohl er ursprünglich für Geber Verhältnisse von  
13 Ländern, in der Frage von Forschungseinrichtungen entwickelt wurde, wird er  
14 heute auch für die Verteilung von Flüchtlingen, Bildungsinvestitionen oder auch  
15 dafür genutzt, zu welchen Anteilen Bund und Länder bei völkerrechtlichen  
16 Verpflichtungen haften. Finanzkräftige Länder profitieren bei der Verteilung von  
17 (Bildungs)investitionen stärker als finanzschwache.

18 Wir fordern:

19 Das Land Berlin sollte sich für eine Reform des Königsteiner Schlüssels  
20 einsetzen. Damit das Geld auch da ankommt, wo es gebraucht wird, darf es nicht  
21 nur eine Berechnungslogik für alles geben. Sondern je nach Investitionsbereich  
22 und Zuständigkeit, sind hierfür multiple evidenzbasierte Faktoren notwendig.

23 Diese gewährleisten eine gerechte Verteilung finanzieller Mittel zwischen  
24 Ländern und garantieren so qualitative Bildung unabhängig vom Wohnort.

25 Stattdessen schlagen wir vor, den Multiple Benachteiligungsindex der GEW statt  
26 des Königsteiner Schlüssels zu nutzen, da dieser eine multifaktorielle Grundlage  
27 für eine zukünftige gerechte Mittelverteilung darstellt. Eine bessere Datenlage  
28 für zukünftige nachhaltige Investitionen ist notwendig.

29 Von besonderer Bedeutung ist, dass das Startchancenprogramm des  
30 Bildungsministeriums seine Mittel nicht nach dem Königsteiner Schlüssel  
31 ausrichtet, um sein Ziel der Reduktion bestehender Ungleichheiten an  
32 Grundschulen zu erreichen.

## A7 Psychotherapie ist unentbehrlich: Psychotherapie Weiterbildung sichern!

Gremium: Fachforum für Wirtschaft, Soziales und Gesundheit  
Beschlussdatum: 23.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Die Inanspruchnahme von Psychotherapie ist in Deutschland mit vielen Hürden  
2 verbunden: Gesellschaftliche Stigmata und lange Wartezeiten belasten psychisch  
3 erkrankte Menschen zusätzlich. Doch auch der Ausbildungsweg zum\*r  
4 Psychotherapeut\*in besteht aus vielen Hürden. Der Ausbildungsweg wird durch das  
5 Psychotherapeuten-Gesetz (PsychThG) geregelt. Bis zur Novellierung 2020 schloss  
6 sich an ein dreijähriges Bachelor- und fünfjähriges Masterstudium eine  
7 dreijährige Ausbildung an meist privaten Ausbildungsinstituten an. Während  
8 dieser Ausbildung wurde die Vergütung der Psychotherapeut\*innen nicht geregelt.  
9 Sie arbeiteten trotz hoher Qualifikation unter prekären Bedingungen: Ihr  
10 Anstellungsverhältnis wurde häufig mit einem Praktikumsvertrag geregelt und die  
11 Vergütung entsprach häufig weniger als monatlich 1000€. Zusätzlich ergaben sich  
12 für die Ausbildung an Ausbildungsinstituten Kosten von bis zu 30.000€ innerhalb  
13 der drei Jahre.

14 Die Novellierung des PsychThG, welche 2020 in Kraft trat, sollte diese prekären  
15 Arbeitsbedingungen verbessern. Auch weiterhin ist es bis 2032 möglich die  
16 Ausbildung zum\*r Psychotherapeut\*in nach dem oben beschriebenen Weg zu  
17 absolvieren. Die geringe Verbesserung ist vor allem durch eine gesicherte  
18 Bezahlung von 1000€ monatlich gekennzeichnet. Zudem wurde das Studium reformiert  
19 und befähigt nach Masterabschluss zur Ablegung der Approbationsprüfung.  
20 Anschließend findet eine 5 jährige Weiterbildung statt, deren Ausgestaltung dem  
21 Facharzt ähnelt. Dies ermöglicht gesicherte Anstellungsverhältnisse und eine  
22 Bezahlung nach Tarif.

23 Aufgrund fehlender gesetzlichen Grundlagen ist die Absolvierung der  
24 Weiterbildung aktuell jedoch noch nicht gesichert.

25 Deshalb fordern wir;

26 Das Land Berlin sichert im aktuellen Koalitionsvertrag die Anpassung des  
27 Berliner Krankenhausgesetzes zu, damit ausreichende Praxisstellen und die  
28 Finanzierung der Psychotherapeut\*innen in Weiterbildung (PtW) gewährleistet ist.  
29 Dies muss sofort umgesetzt werden, da bereits dieses Jahr erste Absolvent\*innen  
30 aus Berlin ihre Weiterbildung beginnen wollen. Hierfür muss eine  
31 Weiterbildungspflicht für Kliniken in das Berliner Landeskrankenhausgesetz  
32 aufgenommen werden. Zudem muss sich das Land in Budgetverhandlungen für die  
33 Finanzierung der neuen Stellen an Krankenhäusern einsetzen, um die notwendige  
34 Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu garantieren.

35 Es müssen für alle Absolvent\*innen Berliner Hochschulen ausreichend Stellen an  
36 Kliniken geschaffen werden, um ihre Weiterbildung zeitnah abzuschließen. Hierbei  
37 darf es zu keiner Konkurrenz mit Psychotherapeut\*innen in Ausbildung kommen.  
38 Zudem muss auch die Finanzierung der PtW Stellen im ambulanten Bereich  
39 gewährleistet sein, um eine gerechte Bezahlung zu garantieren.

40 Noch dieses Jahr muss die Akkreditierung von Weiterbildungsinstituten ermöglicht  
41 werden, damit erste Absolvent\*innen ihre Weiterbildung nach Abschluss des  
42 Studiums beginnen können.

## A8 Leitantrag: Schluss mit der Rückschrittsangst. Sicherheit zur Systemfrage machen!

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin  
Beschlussdatum: 23.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Das "Beste für Berlin" - mit diesem Leitspruch ist die Schwarz-Rote Regierung in  
2 Berlin vor 12 Wochen angetreten. Die Regierung ist noch keine 100 Tage im Amt  
3 und wir merken schon jetzt: das "Beste" will sie nur für einen kleinen Teil  
4 Berlins. Während CDU und SPD sich angeblich vorgenommen hatten die Stadt zu  
5 einen, zeigt sich nun immer offensichtlicher, dass ihre Strategie auf den Rücken  
6 der Ärmsten ausgetragen werden soll.

7 Während die Verkehrssenatorin den Bau aller Radwege aus ideologischen Gründen  
8 blockiert und so den Schutz der Fahrradfahrer\*innen gefährdet, will der  
9 Bürgermeister Grenzkontrollen an der EU-Binnengrenze zu Polen wiedereinführen,  
10 um flüchtende Menschen aus der Stadt zu halten. Anstatt das gesamte Berliner  
11 Bildungssystem in den Blick zu nehmen, will die Bildungssenatorin nur  
12 Verbesserungen für die Gymnasien erreichen. Zusammenbringen wird das die Stadt  
13 nicht und vom "Besten für Berlin" sind wir meilenweit entfernt.

14 Eure Sicherheit macht uns Angst!

15 In noch schnellerem Tempo zeigt sich jedoch die Ideologie der Regierung in der  
16 Innenpolitik. Kaum ist die neue Koalition im Amt, werden genüsslich die  
17 geplanten Grundrechts- und Freiheitseinschränkungen präsentiert. Die  
18 Innensenatorin stellt in einem Atemzug demokratische Volksentscheide in Frage  
19 und legitimiert gewaltsame Selbstjustiz von Autofahrern gegen Aktivist\*innen als  
20 "verständlich". Nur mit Blick auf die Straßenblockaden soll das  
21 Präventivgewahrsam, was explizit nicht für Versammlungen und  
22 Identitätsfeststellung vorgesehen ist, von 2 auf 5 Tage ausgeweitet werden.  
23 Innensenatorin Spranger gibt offen zu, dass es sich dabei um eine  
24 Abschreckungsmaßnahme gegen die "Letzte Generation" handelt, obwohl solche  
25 Maßnahmen eigentlich nur zur Abwehr einer konkreten Gefahr und von schweren  
26 Straftaten zulässig sind. Festgenommene Aktivist\*innen sollen in einem  
27 unrechtstaatlichen Schnellverfahren abgeurteilt werden. Spranger bricht  
28 geltendes Recht, wenn es ihr politisch gerade passt. Die neue Justizsenatorin  
29 setzt einen oben drauf und empfiehlt in einer katastrophalen Kommunikation der  
30 "Letzen Generation" in den Untergrund zu gehen. Die Polizei soll mit Tasern  
31 aufgerüstet, Bürger\*innenrechte wie das Versammlungsrecht eingeschränkt,  
32 Videoüberwachung ausgeweitet, das Antidiskriminierungsgesetz zurückgeschraubt  
33 und marginalisierte Menschen weiter aus der Stadt vertrieben werden. All das  
34 bedeutet unendlichen Rückschritt in einer Zeit, in der wir gar nicht schnell  
35 genug vorankommen können.

36 Machen wir Schluss mit der Rückschrittsangst

37 Wir leben in einer Zeit, in der sich die meisten Berliner\*innen vor allem  
38 Sicherheit wünschen. Seit der Coronakrise zeigen sich die Auswirkungen der  
39 multiplen Krisen auf der Welt in aller Deutlichkeit. Egal ob Klimakrise, Corona  
40 oder Inflation. Die Last auf den Schultern der Ärmsten in unserer Gesellschaft  
41 ist enorm und die daraus folgende Angst ist noch größer. Die Sicherheit, die die

42 Berliner\*innen brauchen, ist jedoch nicht die Sicherheit, die die Schwarz-Rote  
43 Regierung ihnen verspricht.

44 Sicherheit zur Systemfrage machen!

45 Sicherheit darf nicht weiter lediglich auf die Polizei fokussiert werden. Was es  
46 jetzt braucht, ist ein allumfassendes Verständnis von Sicherheit, dass die  
47 Berliner\*innen in ihrer Lebensrealität abholt.

48 Eine Sicherheit, die nicht nur den Besitz von wenigen Reichen in der Stadt  
49 schützt. Wir brauchen die Sicherheit eines guten Lebens für alle. Konkret heißt  
50 das:

51 Sicherheit ist, wenn dein Job genug Geld über das Ende vom Monat hinaus abwirft.

52 Sicherheit ist, wenn dein Schulabschluss nicht deine Lebenspläne zerstört.

53 Sicherheit ist, wenn du mit dem Fahrrad ohne Sorge unterwegs sein kannst.

54 Sicherheit ist, wenn du keine Angst vor der Polizei haben musst.

55 Als GRÜNE JUGEND Berlin werden wir uns diesen Sommer dem Thema Innen- &  
56 Sicherheitspolitik annehmen. Dabei werden wir auf Landes- und Bezirksebene das  
57 Thema progressiv besetzen und den konservativen Sicherheitsbegriff in Frage  
58 stellen. Dafür werden wir uns innerhalb des Verbandes umfassend zu den Themen  
59 bilden und mit Berliner\*innen ins Gespräch kommen. Gemeinsam mit den Menschen  
60 wollen wir uns fragen, wie echte und nachhaltige Sicherheit aussehen kann. Wir  
61 wollen mit ihnen Forderungen entwickeln und diese lautstark auf die Straße  
62 bringen. Es ist an der Zeit, einen neuen und ganzheitlichen Sicherheitsbegriff  
63 zu etablieren, der die Berliner\*innen in ihrer Lebensrealität berührt und  
64 abholt.

65 Wir werden die rückschrittlichen Pläne der Schwarz-Roten Chaos-Koa durchkreuzen  
66 und gegen ihre restriktive Innenpolitik der Angst ankämpfen.

67 Denn für uns heißt es ab jetzt: Sicherheit zur Systemfrage machen!

## Begründung

erfolgt mündlich

## A9 Europa und darüber hinaus! Etablierung eines Kampagnenteams in der GRÜNEN JUGEND Berlin

Gremium: Landesvorstand der Grünen Jugend Berlin

Beschlussdatum: 23.06.2023

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

- 1 Kaum ist der Wiederholungswahlkampf in Berlin geschafft, steht auch die nächste  
2 Wahl vor der Tür. Im Juni 2024 wählen wir ein neues Europäisches Parlament!
- 3 Als GRÜNE JUGEND Berlin wollen wir stark und bereit in den Wahlkampf gehen und  
4 uns dafür strukturell gut positionieren. Unsere Europawahlkampagne soll  
5 Eigenständigkeit und Wirksamkeit beweisen und einen Fokus darauf legen, unsere  
6 bestehende Mitglieder zu aktivieren und neue zu gewinnen. Dafür schließen wir  
7 uns der Europawahlkampagne der GRÜNEN JUGEND "Europa, aber Links!" an und werden  
8 sie mit eigenen, berlinbezogenen Events erweitern. Die Bundeskampagne fokussiert  
9 sich auf Soziales, Klima & Migration, drei essentielle Themen für Berlin und  
10 alle, die darin wohnen.
- 11 Zur Unterstützung des Landesvorstands in der Wahlkampagne werden wir auf der  
12 Landesmitgliederversammlung im Herbst 2023 ein Kampagnenteam der GRÜNEN JUGEND  
13 Berlin ins Leben rufen. Dieses wird aus vier (4), zu wählenden, Basispersonen  
14 und zwei (2) Personen aus dem Landesvorstand bestehen, welche im Landesvorstand  
15 bestimmt werden. Diese Struktur des Kampagnenteams wird über die Europawahl  
16 hinaus bestehen, denn in den nächsten drei (3) Jahren stehen mit der Europa-,  
17 Bundestags-, Abgeordnetenhaus- und Bezirksverordnetenversammlung mindestens vier  
18 (4) Wahlen an. So sichern wir eine langfristige Verbandsstrategie und gut  
19 vorbereitete Kampagnen für die kommenden Jahre.
- 20 Das Kampagnenteam erhält daher die Aufgaben:
- 21 • Die Wahlkampagnen der GRÜNEN JUGEND Berlin gemeinsam mit dem  
22 Landesvorstand strategisch vorzubereiten
  - 23 • Die Wahlkampagnen der GRÜNEN JUGEND Berlin gemeinsam mit dem  
24 Landesvorstand organisatorisch durchzuführen
  - 25 • Die Wahlkampagnen der GRÜNEN JUGEND Berlin gemeinsam mit dem  
26 Landesvorstand nachzubereiten und aufbauende Events im Landesverband  
27 durchzuführen
  - 28 • Den Landesvorstand darüber hinaus bei seinen inhaltlichen Kampagnen  
29 abseits des Wahlkampfs zu unterstützen
- 30 Die vier Basisplätze des Kampagnenteams sollen jährlich, auf der Herbst-  
31 Landesmitgliederversammlung wiedergewählt werden.

### Begründung

erfolgt mündlich

## A10 KV-Reform umsetzen – Anerkennung der GJ Berlin Kreisverbände

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Berlin  
Beschlussdatum: 23.06.2023  
Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND Berlin ist auf dem Weg der Professionalisierung und fasst im  
2 Rahmen der vom Bundeskongress beschlossenen Satzungsänderung zur Stärkung der  
3 Strukturen auf Kreis- und Ortsebene folgenden Beschluss:

4 Die GRÜNE JUGEND Berlin unterteilt sich zukünftig in die folgenden Kreisverbände  
5 und erkennt diese als ihre Kreisverbände an:

- 6 • Kreisverband Neukölln (für den Bezirk Neukölln, angedockt an den  
7 Kreisverband Neukölln von Bündnis 90/Die Grünen)
- 8 • Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf (für den Bezirk Charlottenburg-  
9 Wilmersdorf, angedockt an den Kreisverband Charlottenburg-Wilmersdorf von  
10 Bündnis 90/Die Grünen)
- 11 • Kreisverband Mitte (für den Bezirk Mitte angedockt an den Kreisverband  
12 Mitte von Bündnis 90/Die Grünen)
- 13 • Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg (für den Bezirk Friedrichshain-  
14 Kreuzberg, vorläufig angedockt an den Kreisverband Friedrichshain-  
15 Kreuzberg Bündnis90/Die Grünen.
- 16 • Kreisverband Nord (für die Bezirke Pankow und Reinickendorf, angedockt an  
17 den Kreisverband Pankow von Bündnis 90/Die Grünen)
- 18 • Kreisverband Ost (für die Bezirke Treptow-Köpenick, Lichtenberg und  
19 Marzahn-Hellersdorf, angedockt an den Kreisverband Lichtenberg von  
20 Bündnis90/Die Grünen)
- 21 • Kreisverband Steglitz-Zehlendorf (für den Bezirk Steglitz-Zehlendorf,  
22 angedockt an den Kreisverband Steglitz-Zehlendorf von Bündnis90/Die  
23 Grünen)
- 24 • Kreisverband Spandau (für den Bezirk Spandau, angedockt an den  
25 Kreisverband Spandau von Bündnis90/Die Grünen)
- 26 • Kreisverband Tempelhof-Schöneberg (für den Bezirk Tempelhof-Schöneberg,  
27 angedockt an den Kreisverband Tempelhof-Schöneberg von Bündnis90/Die  
28 Grünen)

29 Alle Kreisverbände, die dies noch nicht im Vorfeld getan haben, haben ihre  
30 Satzungen bis zum 31.08.2023 an die Umwidmung von Ortsgruppe zu Kreisverband  
31 anzupassen. Alle bereits existierenden Ortsgruppen können bis zum 31.12.2024 auf  
32 Antrag auch nachträglich durch den Landesvorstand mit Bestätigung durch die  
33 Landesmitgliederversammlung in diesen Beschluss aufgenommen werden.

34 Alle Mitglieder einbinden – Beschluss zur formalen Zuordnung Kreisverbandloser  
35 Mitglieder

36 Die GRÜNE JUGEND Berlin möchte allen Mitgliedern die Möglichkeit geben, sich  
37 aktiv auf Kreisverbandsebene einzubringen und dazu klare Zuständigkeiten und  
38 Ansprechstrukturen schaffen. Um dies zu gewährleisten, soll in Zukunft jedes  
39 Mitglied der GRÜNEN JUGEND Berlin Mitglied in genau einem Kreisverband sein.  
40 Mitglieder, die in Regionen wohnen, die noch nicht durch einen bestehenden  
41 aktiven Kreisverband abgedeckt sind, werden in Zukunft wie folgt bestehenden  
42 Kreisverbänden zugeordnet:

- 43 • Bezirk Treptow-Köpenick → GJ-Kreisverband Lichtenberg
- 44 • Bezirk Marzahn-Hellersdorf → GJ-Kreisverband Lichtenberg
- 45 • Bezirk Reinickendorf → GJ-Kreisverband Pankow

46 Alle Mitglieder können auf Wunsch und durch einen formlosen Antrag ihren  
47 Kreisverband wechseln. Die GRÜNE JUGEND Berlin arbeitet darauf hin, zukünftig  
48 bestehende Kreisverbände zu stärken und weitere Kreisverbände zu gründen, um  
49 langfristig das gesamte Gebiet Berlins durch aktive Kreisverbände abzudecken.  
50 Der Landesvorstand unterstützt bei Gründungsbemühungen.

## Begründung

VORLÄUFIGER Beschluss zur KV-Reform, hier können Sachen wieder herausgestrichen und geändert werden - Begründung erfolgt mündlich

## D1 Manja Schreiner auf Fahrradtour schicken: Autosenatorin Manja Schreiner muss zurücktreten!

Antragsteller\*in: Tjado Stemmermann, Felix Ackerschewski, Fabi Gacon, Tariq Kandil

Tagesordnungspunkt: 5. Anträge

### Antragstext

- 1 Wenige Wochen nach Amtsantritt hat die Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klima-  
2 und Umweltschutz (kurz: Autosenatorin) Manja Schreiner der begonnenen  
3 Mobilitätswende den Kampf angesagt und massive Schäden verursacht:
- 4 • Durch die erklärte "Überprüfung" der Radwege durch SenMVKU wird es immer  
5 unwahrscheinlicher das die bereits genehmigten Fördermittel genutzt werden  
6 können. Wie hoch der Schaden berlinweit ist, lässt sich bisher nicht  
7 sagen. Ein Schaden in Millionenhöhe darf aber angenommen werden. Dazu  
8 kommen die Planungsleistungen der Ämter, die nun für den Mülleimer  
9 gearbeitet haben. Das wirft Berlin unnötig in der Verkehrswende zurück.
  - 10 • Die Kommunikation in der Verwaltung ist reines Chaos. Die Senatorin weiß  
11 selbst nicht, welche Auswirkungen ihre Streichungen haben. Bezirke werden  
12 nach Planungsständen gefragt, die nicht in ihrer Zuständigkeit liegen. Die  
13 SenMVKU weiß nicht, unter welchen Prämissen, welche Projekte fortgesetzt  
14 werden können. Und mit den Bezirksämtern wird nur mittels Pressemitteilung  
15 kommuniziert.
  - 16 • Das gerade erst 5 Jahre alt gewordene Mobilitätsgesetz wird mit Füßen  
17 getreten. Radwege werden darin mit großem Vorrang betont. Der Radwegestopp  
18 ist das Gegenteil davon.
- 19 Mit der Verzögerung des Radwegeausbaus wendet sich die Autosenatorin auch gegen  
20 die Vision Zero, also das Ziel, dass es keine Verkehrstoten mehr gibt. Die  
21 Politik von Manja Schreiner schadet nicht nur dem Komfort beim Radfahren,  
22 sondern ist eine tödliche Bedrohung für alle Verkehrsteilnehmer\*innen, die nicht  
23 mit dem Auto unterwegs sind.
- 24 Manja Schreiner verschleudert Fördergelder, verprellt die Mitarbeiter\*innen in  
25 der (Bezirks-)Verwaltung, verstößt gegen das Mobilitätsgesetz und gefährdet die  
26 Sicherheit aller Berliner\*innen. Das Beste für Berlin kann es deshalb nur ohne  
27 sie geben: Wir fordern den Rücktritt der Autosenatorin!

### Begründung

Die Debatte um den Radwegestopp läuft seit wenigen Wochen. Nachdem sich erste Meldungen nicht als ein Versehen der Verwaltung, sondern als organisiertes Chaos zur Verhinderung der Verkehrswende erwiesen haben, braucht es eine klare Positionierung der Grünen Jugend Berlin zu der aktuellen Autosenatorin.

Begründung der Dringlichkeit:

Erst nach dem Antragsschluss wurde der gesamte Umfang der katastrophalen Politik von Autosenatorin Manja Schreiner deutlich, z.B. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/radwege-an-berlins-hauptstrassen-senat-stoppt-funf-grosse-bauvorhaben--grunes-licht-fur-sechs-andere-10098766.html>